

Immer noch 37 für Hofgeismar

Votum für kleineres Parlament scheitert an einer Stimme

VON LASSE DEPPE

Hofgeismar – Wie viele Menschen braucht es für eine Demokratie? In Hofgeismar mindestens 37. So viele Vertreter schicken die Fraktionen in die Stadtverordnetenversammlung, die die wichtigsten Entscheidungen für die Stadt tritt. Ginge es nach den beiden größten Fraktionen, CDU und SPD, könnte dieses Gremium auch verkleinert werden. Mit ihrem Antrag darauf scheiterten sie in dieser Woche aber denkbar knapp.

Eine Zweidrittelmehrheit wäre nötig gewesen, um die Vertretung auf 31 Teilnehmer zu reduzieren. Von den derzeit gesetzlich verankerten 37 Stadtverordneten hätten also 25 mit Ja stimmen müssen. Doch bei der namentlichen Wahl votierten nur 24 dafür.

„Eine Sternstunde der Demokratie“ nannte dies die WSD einen Tag später auf ihrer Internetseite. Deren Frak-



Peter Nissen
SPD



Stefan Dworak
WSD



Reinhard Priem
FDP

tionsvorsitzender Stefan Dworak hatte sich in der Diskussion auch deutlich gegen die Verkleinerung positioniert. „Ich habe mich über diesen Antrag sehr geärgert, er schadet der Demokratie“, sagte er und warf den großen Fraktionen vor, lediglich nicht mehr ausreichend Bürger für die Lokalpolitik begeistern zu können. „Das gleicht einer Bankrotterklärung“, so Dworak.

Dass das Interesse an Kommunalpolitik stetig sinke, führte Peter Nissen, Fraktionsvorsitzender der SPD auch tatsächlich als Argument für die Verkleinerung an, als er den Antrag vorstell-

te. „Die Motivation der Menschen, die mitarbeiten wollen, ist gesunken“, sagte Nissen. Die derzeitige Arbeit der Stadtverordneten könnte aber auch auf weniger Schultern verteilt werden, in anderen Bundesländern sei dies schon längst üblich.

„Wir halten diesen Antrag für äußerst kontraproduktiv“, sagte Reinhard Priem, einer von zwei Abgeordneten der FDP. Werde die Versammlung reduziert, mache dies besonders den kleinen Fraktionen das Leben schwer. Für sie drohe dann zukünftig wieder eine „One-Man-Show“, so Priem. Das fördere die ohnehin schon erkennba-

re Politikverdrossenheit. Auch Liane Feist von der Linken kündigte an, gegen die Verkleinerung zu stimmen. Auch weil innerhalb der SPD einige Abgeordnete gegen den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU stimmten, fiel er am Ende durch.

In Hofgeismar besteht die Stadtverordnetenversammlung aus 18 Vertretern der SPD, zehn Vertretern der CDU, fünf Vertretern der WSD und jeweils zwei Vertretern von Linken und FDP. Bei den Sitzungen ist üblicherweise auch der Magistrat samt Bürgermeister anwesend.

FOTO: THOMAS THIELE/GERD HENKEPRIVAT

WSD INFO



Held des Tages: Lasse Deppe



„Eine Sternstunde der Demokratie“

Freitag, 25. Oktober 2019

Vielen reicht die Rente nicht

Mehr Menschen im Alter auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen

Kreis Kassel – Der Geldbeutel ist leer, der Gürtel muss immer enger geschnallt werden: Viele Senioren kommen mit ihrer Rente nicht über die Runden. In Stadt und Landkreis Kassel gibt es immer mehr Senioren, die auf Grundsicherung durch das Sozialamt angewiesen sind.

Laut Kreissprecher Harald Kühlborn haben im September diesen Jahres 1062 Menschen staatliche Unterstützung bezogen. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren waren es nur 836. Auch in der Stadt Kassel erhalten immer mehr Menschen Grundsicherung: Aktuell sind es 3292, wie Pressesprecherin Petra Bohnenkamp mitteilt. Zehn Jahre zuvor waren es dagegen 2022.

Deutschland könne es sich als reiches Land allerdings nicht leisten, Menschen mit einer Grundsicherung „abzuspiesen“, findet Kreisspre-

cher Kühlborn. Um Altersarmut entgegenzuwirken, sieht der Landkreis eine Grundrente als „Schritt in die richtige Richtung“. Altersarmut könne aber auch vielen Geringverdienern drohen – selbst in „normalen Berufen“ wie in der Pflege und der Logistik: Solange viele Arbeitnehmer mit geringen Löhnen leben müssen, meint Kühlborn, wird Altersarmut die Konsequenz sein.

Für die Grundsicherung im Landkreis wird die Bedürftig-



Harald Kühlborn
Kreissprecher

keit geprüft – unter hohem bürokratischen Aufwand. Ansprüche auf Grundsicherung hat jeder, dessen Rente den Regelsatz, etwaige Mehrbe-

Mehr Frauen sind betroffen

Frauen sind besonders häufig von Altersarmut betroffen – im vergangenen Jahr machten sie mehr als 60 Prozent der Bedürftigen aus. Grund ist nach Angaben der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) einerseits die Gehaltschere zwischen Männern und Frauen. Andererseits zahlen manche Frauen aufgrund von Schwangerschaft, Kindeserziehung und Halbtagsjobs häufig weniger in die Rentenkasse ein, sagt NGG-Geschäftsführer Andreas Kampmann.

darfzuschläge und die Kosten für Unterkunft und Heizung nicht übersteigen. Für eine volljährige alleinstehende Person beträgt der Regelsatz derzeit 424 Euro. Ein Ein-Personen-Haushalt in Hofgeismar kommt so beispielsweise auf etwa 820 Euro. Ist die Rente nicht wesentlich höher, besteht ein Anspruch auf Grundsicherung, so Kreissprecher Kühlborn.

Allerdings würden nicht alle Menschen Grundsicherung beantragen, obwohl sie die Unterstützung benötigten. Oft sei Scham der Grund, aber auch die Grundeinstellung der Generation, sagt Kampmann. „Die Haltung „Ich bettel nicht beim Staat“ ist bei vielen Rentnern sehr groß.“

jes/lad

FOTO: PAAVO BLOFIELD/NH

Weitere Informationen zur Grundsicherung beim Landkreis Kassel finden Sie unter zu.hna.de/Grundsicherung2510

nem/lad

Polizei sucht nach jungem Radfahrer

Hofgeismar – Am vergangenen Freitag, 18. Oktober, kam es laut Polizei zu einem Unfall zwischen einem Radfahrer und einem Mädchen, das verletzt wurde. Ein etwa zehn oder elf Jahre alter Junge wird gesucht.

Wie die Polizei mitteilte, ereignete sich der Zusammenstoß gegen 8 Uhr in der Käthe-Kollwitz-Straße in Hofgeismar. Der junge Radfahrer soll mit einem 14-jährigen Mädchen zusammengestoßen sein, das beim Überqueren der Straße offenbar den Jungen, der von hinten kam, übersah.

Die Beamten konnten nicht klären, wer der Junge war und bitten nun um Hinweise. Nach Angaben der Zeugen soll er zwischen zehn und elf Jahren sein. Er hat blonde Haare, eine Brille und trug eine schwarze Jacke. Nach Einschätzungen der Polizei ist dem Jungen wegen der Entstehung des Unfalls kein Vorwurf zu machen.

STANDPUNKT

Die SPD vor dem Neuanfang
Nicht länger Volkspartei

VON ANDREAS LUKESCH



Diese Woche war wieder einmal bezeichnend für das Dilemma der SPD. Bei der Erinnerung an ihren großen Vorsitzenden Willy Brandt und im Gedenken an Erhard Eppeler konnten die Sozialdemokraten ihre einstige republikprägende Bedeutung in den Vordergrund rücken, bevor die schwärmerische Nostalgie wieder der sozialdemokratischen Realität 2019 Platz machen muss.

Bei der Thüringen-Wahl droht der Partei ein einseitiges Ergebnis – und auch bei der Auszählung des Mitgliederwotums für den Parteivorstand wird sie unter den Erwartungen bleiben. Bis Anfang der Woche hatten sich nur rund 130 000 Genossen für eines der verblieben Kandidatenduos entschieden. Selbst

wenn bis zum Wochenende noch 10 Prozent hinzukommen, ist das für die mit 430 000 Parteibüchern nach wie vor mitgliederstärkste Partei nicht viel und weit weg von der „maximalen Basisbeteiligung“, auf die sich Generalsekretär Lars Klingbeil vor den Regionalkonferenzen gefreut hatte. Und beim Wähler kommt die Dauer-Beschäftigung der SPD mit sich selbst ohnehin nicht gut an.

Es will einfach nicht rund laufen. Da helfen auch alle Beschwörungsformeln nach dem Motto „Wir sind noch da“ wenig. Die Gründe sind bekannt: Die Partei wird trotz politischer Erfolge für ihre Beteiligung an der Regierungskoalition abgestraft. Mit der pompösen Kandidaten-Show wurde nur um so offensichtlicher, dass es an Typen mit Profil und noch mehr an einer inhaltlichen

Ausrichtung mangelt. Am ehesten noch stehen Christina Kampmann und der Nordhesse Michael Roth für Erneuerung. Ihre Botschaften sind wenig aufregend, aber frisch und klar. Ob das allerdings ausreicht, die bleierne Rest-SPD über die Wasserkante zu heben, ist fraglich.

Welches Duo am Ende auch immer das Rennen macht: Es wird nicht länger einer Volkspartei vorstehen, sondern muss eine Bewegung mit Tradition hinter sich vereinen, die nur dann wieder erfolgreich sein kann, wenn sie von vorn und ganz unten anfängt, nicht links oder rechts, sondern entschieden und ohne Koalitionszwang. Wenn sie in Anlehnung an Willy Brandt mehr Sozialdemokratie wagt. » POLITIK



Kassel will zu Verantwortung stehen

Breite Mehrheit trägt millionenschwere Finanzspritze für GNH mit

VON ANDREAS HERMANN

Kassel/Wolfhagen – Die erste Hürde für die geplante Neuausrichtung der Gesundheit Nordhessen Holding (GNH) scheint in Kassel genommen. Für die Freigabe der städtischen Millionen, mit denen die Investitionen und die Liquidität des Krankenhauskonzerns, zu dem auch die Wolfhager Klinik zählt, gesichert werden soll, zeichnet sich eine breite Mehrheit ab. Und das trotz der Rechtsunsicherheit nach der einstweiligen Verfügung des Landkreises gegen die Klinik-Schließung in Wolfhagen.

Mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen ist am Mittwoch im Finanzausschuss der Nachtragshaushalt 2019 beschlossen worden. Damit können 27,8 Millionen Euro von der Stadt als Hauptanteilseignerin (92,5 Prozent) als Einzahlung in die Kapitalrücklage der GNH fließen. Weitere 35 Millionen Euro stellte der Magistrat bereits als Darlehen zur Verfügung, das der Klinikkonzern nach Bedarf abrufen kann.

Die Ausschussmehrheit empfiehlt den am 4. November tagenden Stadtverordneten die Freigabe der Mittel. Erstmals seit Gründung der Holding (2002) wird die Stadt Kassel damit der GNH eine – millionenschwere – Finanzspritze zukommen lassen. Dafür sprach sich nicht nur die rot-grüne Koalition, sondern auch die CDU aus. Das Klinikum mit seinen über



Immer größer, aber eben komplexer und anonym geworden: das Klinikum Kassel. Mit der geplanten Neuausrichtung der GNH sollen auch im Klinikum Investitionen getätigt sowie Verbesserungen für Patienten und Beschäftigte erreicht werden.

ARCHIVFOTO: DIETER SCHACHTSCHNEIDER/FLUGSCHULE FLYNOW KASSEL

4000 Beschäftigten sei für die CDU das entscheidende Kriterium, sagte Fraktionsvorsitzender Dr. Michael von Rüden.

Von der größten sozialpolitischen Entscheidung der vergangenen Jahre in der Region sprach SPD-Fraktionschef Patrick Hartmann. Die SPD glaube an die GNH-Neuausrichtung mit dem Klinikum als Zugpferd und einem Gesundheitszentrum in Wolfhagen. Das sei ein gut durchdachtes Konzept, das die Arbeitsplätze sichere. „Wir übernehmen gerne die Ver-

antwortung“, sagte Hartmann. Man erwarte aber, dass auch der Landkreis sich als Anteilseigner (7,5 Prozent) der Verantwortung stelle.

AfD, FDP, Freie Wähler und Piraten enthielten sich zum Nachtrag. Einzig die Kasseler Linke lehnte Nachtrag und GNH-Konzept wegen der geplanten Schließung des Kreiskrankenhauses Wolfhagen ab. Der Abbau der Infrastruktur im ländlichen Raum sei für Wolfhagen „ein Drama“, sagte Fraktionschef Lutz Getzschmann. Laut Satzung sei die Schließung gegen das

Veto des Kreises nicht möglich. Um die Neuausrichtung trotzdem durchzusetzen, setzte man dem Kreis „die

Pistole auf die Brust“. Oberbürgermeister Christian Geselle (SPD) wies dies zurück.

» ARTIKEL RECHTS

Die vier Ziele der GNH-Neuausrichtung

Bei der geplanten und vom Aufsichtsrat beschlossenen Neuausrichtung der GNH gehe es nicht nur um die Wirtschaftlichkeit, betonte GNH-Chef Dr. Michael Knapp. Als weitere Ziele strebe der Konzern ein bedarfsorientiertes ambulantes stationäres Versorgungsangebot, zukunftsichere Investitionen sowie eine nachhaltige Personalplanung und -gewinnung an. Veränderungen seien an allen vier Standorten notwendig. Knapp: „Das ganze Umfeld hat sich verändert.“ Deshalb müsse auch das ganze Unternehmen „umgekrempelt“ werden.

aha

Knapps Ziele für die vier Standorte

Kassel – GNH-Chef Michael Knapp stellte im Ausschuss die Probleme der vier Klinikstandorte, die Handlungsfelder und die mit der Neuausrichtung verfolgten Ziele dar:

Für das **Klinikum Kassel** ist ein „Ergebnisverbesserungsprogramm“ geplant. Es sei groß, aber auch komplex und anonym geworden. Daher müssten etwa Zugang/Orientierung für die Patienten und Prozesse für die Beschäftigten verbessert werden.

Michael Knapp,

Chef der Gesundheit Nordhessen Holding (GNH)



Das **Krankenhaus Wolfhagen** soll den Betrieb einstellen, dafür soll ein fachärztliches ambulantes Gesundheitszentrum mit Notarzteintrittsfahrzeug eingerichtet werden. Nicht auf dem Offenberg, sondern zentral in der Stadt. In Wolfhagen seien immer weniger Notfälle zu verzeichnen und diese würden bereits nach Kassel gebracht. Das **Krankenhaus Hofgeismar** soll den Neubau erhalten. Es bleibe defizitär, müsse aber zur Versorgungssicherheit sein. Ohne Neubau müsste auch dort in den Brandschutz investiert werden.

Bad Arolsen soll nach Ausbau von 160 auf 200 Betten die stationären Patienten aus Wolfhagen (etwa 2600 pro Jahr) übernehmen – und wäre dann „überlebensfähig“.

aha
ARCHIVFOTO: PIA MALMUS

LESERFORUM

Es geht zulasten der Bürger

Zur möglichen Schließung der Klinik Wolfhagen:

Unabhängig vom Urteil zum Entscheid zur Schließung durch das Landesgericht: Der Landkreis hat nur zehn Prozent Anteil und der Bürger, welcher für den Erhalt der Klinik Wolfhagen als diesen Standort stimmen/unterschreiben mag, ist nur ein Wurm im System – doch viele Würmer machen auch mal Probleme. Am Ende geht es wieder und einzig ums Geld. Wenn der Landkreis die Klinik Wolfhagen erhalten wollte, müsste das wieder vom Landkreis finanziert werden. Abgekoppelt von der GNH.

Aber mit zehn Prozent Anteil und einer Stimme muss Herr Schmidt leider auch kleine Brötchen backen. Denn er hat angrenzende Landkreise im Nacken, welche durch Gelder der GNH profitieren könnten, zulasten wessen es auch sein werde. Am Ende ist es der Bürger.

Kirsten Wiedfeld, Zierenberg

Herr Thonicke's „Standpunkt“ zum Streit um die Klinik enthält Äußerungen, die für Patienten und ärztliche Kollegen der Klinik Wolfhagen beleidigend sind. Was sind denn „wirklich“ Kranke? Werden in Wolfhagen nur unwirklich Kranke behandelt?

Dass eine Kreisklinik eine andere Klientel hat als ein Krankenhaus der Maximalversorgung, ist selbstverständlich. Zudem sind Operationen ja nur ein Teil der Gesamtauf-

gaben einer Klinik.

Patienten mit ihren unterschiedlichen Anliegen werden von Herrn Thonicke nicht ernstgenommen. Die Arbeit der Ärzte der Wolfhager Klinik wird im Text abgewertet. Das sollten sie sich nicht bieten lassen.

Dr. Jutta Schlia-Zimmermann, Riede

Meiner Meinung nach sollte eines klar sein: Kliniken – also auch eine wie die in Wolfhagen – sollten als eine Art öffentliche Einrichtung betrachtet und behandelt werden. Und ja, Herr Geselle, Herr Dr. Knapp, auch hier sind wie in allen anderen Kliniken notwendige Investitionen zu bewältigen. Aber die Angst hier vor rechtfertigt nie und nimmer eine Schließung!

Aber es gibt ja noch eine Alternative, indem man einfach mal den Spieß herumdreht: Man verlege zum Beispiel die lukrative Fachabteilung Herzoperation von Kassel nach Wolfhagen. Und schon wäre in Wolfhagen eine gutgehende, gewinnbringende Klinik vorhanden. In dem Fall müssten die Kasseler Bürger zur OP in die Wolfhager Klinik, wo ist das Problem? [...]

Und auch die von den Landespolitikern getätigten Aussagen „der ländliche Raum müsse auch infrastrukturell in jeglicher Richtung gestärkt werden“. Wo bleibt hier das Land Hessen mit einer Intervention? [...]

Na Klasse, weiter so. Wir leben halt in einem armen

Land, und unsere gezahlten Steuern werden für andere, viel, viel wichtigere Dinge benötigt.

Michael Krokowski, Wolfhagen

Ich denke, auch ein Redakteur wie Herr Thonicke kann sich in seiner Meinung mal irren. Ich wünschte, er würde im Wolfhager Land leben und jeden Tag einen Angehörigen im Klinikum Kassel besuchen müssen. Wie lange er dies macht, bleibt die Frage [...]

Wenn in einer Klinik wie Wolfhagen nur Operationen durchgeführt werden, die wenig Geld bringen, wie soll so ein Krankenhaus schwarze Zahlen schreiben? Im Gegenteil: OP in Kassel, die viel Geld bringt, und dann Nachsorge in die Kreiskliniken zur Pflege für weniger Einnahmen. Ist es dann ein Wunder, dass keine schwarzen Zahlen geschrieben werden?

Auch greift Herr Thonicke hier eine Partei an, um sie vielleicht aufzumischen. Sollte er denn nicht mehr oder weniger neutral vorgehen, denn es geht doch hier um das Wohl der Menschen im Wolfhager Land. Aber das interessiert ja keinen Reporter, der in der Stadt wohnt und schnell mal ins „superenge“ Krankenhaus-Parkhaus fahren kann.

Scheinbar weiß Herr Geselle nicht, was mit der Stadt Wolfhagen besprochen wurde, sonst würde er das Argument mit dem Ärztehaus-Neubau auf der grünen Wiese nicht ins Spiel bringen.

Herbert Disqué, Schauenburg

WSD INFO



Nordhessische Tragödie



Christian Geselle (SPD)
Kasseler Oberbürgermeister

Hauptdarsteller



Uwe Schmidt (SPD)
Kasseler Landrat